

# Mit mehr Demokratie aus der Umweltkrise?

## Ein Vorwort

Rita Trattnigg | Petra Schneider

**E**s gärt nicht nur rund um „Stuttgart 21“. Das Bedürfnis nach Mitbestimmung wächst. Immer mehr Menschen entwickeln immer stärkere Allergien gegen fremdbestimmte Umweltveränderungen. Ihre Ablehnung richtet sich (nicht mehr nur) gegen umweltzerstörende Großprojekte, Atommülltransporte oder gentechnische Versuchsfelder, sondern auch gegen neue Stromleitungen, Windräder oder Wasserkraftwerke. Sie sind aufgebracht, wollen nicht länger stillhalten. Ist das Maß voll? Wird die lange Phase der Frustrationstoleranz und des Rückzugs ins Private abgelöst von einer Phase des selbstbewussten Aufbegehrens gegenüber kontraproduktiven Entwicklungen für Umwelt und Gesellschaft?

Doch manifestiert sich der Widerstand in unseren reichen, vom Überfluss gekennzeichneten und allzu starr gewordenen Demokratien meist erst am lokal wahrnehmbaren Veränderungsprojekt. Noch regt sich kaum öffentlicher Protest, wenn ökologisch bedenkliche Maßnahmen wie die Abwrackprämie zur Existenzverlängerung von überalterten Industriezweigen oder Wachstumsbeschleunigungsgesetze beschlossen werden. Noch gibt es mehr Menschen, die sich angesichts komplexer Entwicklungen ohnmächtig fühlen, als solche, die sich auf die Suche nach Gestaltungsspielräumen und Alternativen machen und bereit sind, sich zu engagieren und zu exponieren, ihre Meinung öffentlich kundzutun, sich zu organisieren – und dafür zu sorgen, dass unsere Demokratie lebendig wird. Aber das Spektrum an angedachten Ideen und Lösungsansätzen wächst und reicht vom Ausbau der lokalen Demokratie bis hin zur Demokratisierung internationaler Institutionen.

Einen kleinen Ausschnitt aus diesem gedanklichen Spektrum präsentieren die in diesem Heft versammelten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Expertinnen und Experten, denen großer Dank für ihre Bereitschaft gebührt, sich auf das Wagnis eines solchen Projekts einzulassen. Die Debatte „da draußen“ ist angesichts ihrer Vielfältigkeit ein wenig unübersichtlich: die Hoffnungen richten sich einmal auf eine Ökokratie, dann wieder auf eine neue außerparlamentarische Opposition; auf Bürgerkonvente und Direktdemokratie, auf einen Weltgerichtshof und „Global Governance“, auf NGOs und lokale Initiativen, auf Stakehol-

der-Dialoge und Öko-Kammern, auf Internet-Netzwerke – und sogar auf eine Umwelt-Reformagenda für die WTO.

**W**as die globale Ebene anbelangt, so besteht von wissenschaftlicher Seite angesichts einer Vielzahl von Reformvorschlägen Einigkeit offensichtlich bloß darin, dass bislang keine wirklich tauglichen Modelle zu ihrer Demokratisierung existieren. Was derzeit unter dem Titel „Global Governance“ praktiziert wird, ist weder demokratisch legitimiert, noch dazu geeignet, die Zivilisation vor dem klimabedingten Kollaps zu bewahren. Immer drängendere Appelle seitens der Zivilgesellschaft, ernsthafte Maßnahmen zur Abwendung sozial-ökologischer Krisenszenarien zu setzen, verpuffen zwischen realpolitischen Interessenkonstellationen. Besonders deutlich wird das auch an der widersprüchlichen politischen Ausrichtung der Europäischen Union, die umweltpolitische und technologische Erneuerung betreibt, in ihren Grundfesten aber weiterhin auf das Credo des immerwährenden Wachstums ausgerichtet ist (Kapitel 1).

Wenn man sich fragt, warum wir gelassen die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder verspielen, muss man danach fragen, wie Entscheidungen zustande kommen. Zunehmend verschafft sich Kritik am ausgehöhlten „postdemokratischen“ Zustand unserer repräsentativ-demokratischen Regierungsform Gehör: Das politische System steht unter dem Primat des Ökonomischen, und die Durchsetzungsstrategien der damit verbundenen Interessen sind hoch entwickelt (Lobbyismus, Think Tanks, PR, Expertisen ...). Entscheidungen für umweltpolitische Instrumente sollten unter diesem Aspekt betrachtet werden. Demokratiepolitisch zu thematisieren sind auch die zunehmende Ungleichverteilung von Reichtum und die damit einhergehende Machtkonzentration (Kapitel 2).

Was kann die Zivilgesellschaft in dieser Konstellation erreichen? Dass NGOs „Gegenmacht“ entfaltet und vieles an Umwelt- und Lebensqualität erstritten haben, daran besteht kein Zweifel. Am Ziel einer tief greifenden Neuausrichtung unserer Gesellschaften sind sie allerdings gescheitert, was Kritiker und Kritikerinnen dazu veranlasst, die Strategie des Widerstands neu einzufordern, um einen Staat, der so tut, als wäre er gegenüber einer von den Märkten vorgegebenen

Wirklichkeit nicht handlungsfähig, zum Handeln zu bringen. Aussichtsreiche Optionen für eine engagierte Vernetzung „von unten“ hält das Internet bereit; es scheint, wie die jüngsten Ereignisse um die Internet-Plattform Wikileaks zeigen, die Rolle der Medien als „Vierte Gewalt“ zu bestätigen. Und schließlich zeigen gemeinschaftlich-genossenschaftliche Experimente alternative Wege des Umgangs mit Energie und Ressourcen auf – es hat Signalcharakter, dass Elinor Ostrom als Erforscherin und Verfechterin der „Commons“ den Wirtschaftsnobelpreis erhalten hat. Wenn sich dann noch etablierte Kräfte wie die Gewerkschaften mobilisieren und ihre Vorbehalte gegenüber der Ökologie über Bord werfen, könnte durchaus von Potenzialen für neue Massenbewegungen gesprochen werden (Kapitel 3).

**K**önnten solche Bewegungen Repräsentativität beanspruchen? Wer aus ökologischen Gründen mehr Mitbestimmung fordert, sollte Einblick in die Umweltbeziehungen der Bevölkerung haben. Die direktdemokratischen Erfahrungen in der Schweiz zeigen einen recht konservativen Souverän, der Umweltmaßnahmen vor allem dann zustimmt, wenn sie vom politischen Establishment mitgetragen werden. Das Wachstumsparadigma scheint (noch) breite Zustimmung zu genießen, die damit verbundenen ökologischen und sozialen Nebenwirkungen scheinen weiterhin in Kauf genommen zu werden – wenngleich sich das Umweltthema durchaus seinen Platz in den Köpfen der Menschen erobert hat. Aber zwischen ökologischen Bekenntnissen bei Umfragen oder Ängsten vor dem Klimawandel und der Bereitschaft, das eigene Leben zu ändern, liegen Welten. Wenn es Möglichkeiten gibt, diese Kluft zwischen Wissen und Tun zu überbrücken, dann sind diese weniger in aufklärerischer „Umweltbildung“ durch die klassischen Medien zu suchen (die zudem unter großen Effizienz- und Renditedruck geraten sind), sondern eher darin, Visionen zu entwerfen, die konkrete, reale Handlungen und damit Selbstwirksamkeit ermöglichen. Es geht darum, dass Menschen *gemeinsam* auf ein Ziel hin handeln können (Kapitel 4).

Doch wer Partizipation als Allheilmittel für die Umwelt betrachtet, könnte enttäuscht werden. Denn alles hängt davon ab, *wer mit welchen Interessen* woran partizipiert. Wenn Bürgerinitiativen und Umwelt-NGOs bessere Möglichkeiten vorfinden, sich an rechtlichen Verfahren um Großprojekte oder an der Entwicklung politischer Strategien zu beteiligen, wenn es hier weniger Intransparenz und (finanzielle) Benachteiligung gibt, dann ist der Umwelt sicherlich geholfen. Bei einem Mehr an partizipativer und direkter Demokratie ist der umweltpolitische „Outcome“ allerdings ungewiss.

Es spricht aber viel dafür, dass wir dieses Risiko eingehen sollten – und damit auf der lokalen Ebene beginnen, die den Menschen am nächsten ist (Kapitel 5).

**D**enn erstens können sich Präferenzen und Haltungen *verändern*, wenn Menschen sich intensiv mit einer Sache auseinander setzen und das Gefühl bekommen, (Mit-)Verantwortung übernehmen zu können. Zweitens würden wir, direktdemokratisch betrachtet, vermutlich (oder: hoffentlich) keine Gelder in Atomkraftwerke, Abwrackprämien, gentechnische Labors und industrielle Agrarproduktion investieren und keine Delegationen entsenden, um die Finanzmärkte zu deregulieren. So wollen wir denn drittens durchaus davon ausgehen, dass die Souveräne angesichts der anstehenden Vielfach-Krisen zu sich kommen und eindeutige(re) umweltbewegte Signale an ihre, in vielerlei Hinsicht unbeweglich gewordenen Repräsentanten und Repräsentantinnen aussenden. Sie sollten sich also, diesen Schluss ziehen wir, selbst ermächtigen und den Vorsatz fassen, sich ihre Demokratien anzueignen.

## DANKSAGUNG

Wir bedanken uns bei allen Mitwirkenden, insbesondere den AutorInnen und GutachterInnen, für ihr Engagement, ihre Offenheit und für die außerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit.

## HERAUSGEBERINNEN

RITA TRATTNIGG, Jg. 1973, Studium der Politikwissenschaften in Wien; Expertin für nachhaltige Entwicklung im österreichischen Lebensministerium, Prozessbegleiterin/Moderatorin, freie Forscherin; Schwerpunkte u.a. Governance, Partizipation, Lebensqualität. E-Mail: Rita.Trattnigg@lebensministerium.at

PETRA SCHNEIDER, Jg. 1964, Studium der Geschichte in Wien; Redakteurin der Reihe „Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär“; Schwerpunkte nachhaltige Entwicklung, Modernisierungsprozesse, Wahrnehmung von räumlichen Transformationen. E-Mail: petra.schneider@fwu.at

## LITERATUR

Brix, Emil / Nautz, Jürgen / Trattnigg, Rita / Wutscher, Werner (Hg.) (2007): *State and Civil Society*. Wien (Passagen Verlag)

Krainer, Larissa / Trattnigg, Rita (Hg.) (2007): *Kulturelle Nachhaltigkeit*. Konzeptionen, Perspektiven, Positionen. München (oekom Verlag)

Steurer, Reinhard / Trattnigg, Rita (Hg.) (2010): *Nachhaltigkeit regieren*. Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. München (oekom Verlag)

Schneider, Petra (2011/i.E.): *Fahrt durchs Nirgendwo*. Expertenvernunft, Alltagsgefühl und die Krux der modernen Raumproduktion. In: *Jahrbuch für die Geschichte des ländlichen Raumes 2011*. Innsbruck / Wien / Bozen (StudienVerlag) (im Erscheinen)

Schneider, Petra (2011): *Lebensraum? Wie sich in Gestaltung und Wahrnehmung des Raumes soziale Wirklichkeit widerspiegelt*. In: Michael Rosecker / Sabine Schmitner (Hg.): *Armut und Reichtum*. Ungleiche Lebenslagen, -chancen, -stile und -welten in Österreich. Wiener Neustadt (Verein Alltag Verlag) S. 379ff

Borsdorf, Axel / Brunner, Karl / Schneider, Petra (Hg.) (2005): *Umwelt Stadt*. Geschichte des Natur- und Lebensraumes Wien. Wien u.a. (Böhlau)

## ANMERKUNG

Die in diesem Vorwort von Rita Trattnigg vertretene Meinung entspricht nicht notwendigerweise den Standpunkten des Lebensministeriums.